NIEDERSCHRIFT Schul/014/2008

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am 19.02.2008 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Ausschussmitglieder:

Herr Bernhard Faltmann	Vertretung für Herrn Willi Krause
Herr Florian Heuermann	
Herr Bernhard Kortmann	bis Verlauf zu TOP 1. nö. S
Herr Martin Pfeiffer	
Herr Hans-Joachim Spengler	Vertretung für Herrn Thomas Tauber

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Ursula Kratz
Herr Jürgen Hövener
Frau Margarete Köhler

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Maggie Rawe

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Dirk Eikmeyer	in Vertretung für Frau Hagemann
Frau Mechthild Gaußelmann	
Frau Barbara van der Wielen	

Entschuldigt fehlen:

Frau Renate Langenheder
Herr Hans-Bernd Serries

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Herr Dittrich stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Sanierung und Umbau der Hauptschule
hier: Demontage asbesthaltiger Lüftungsrohre

Herr Dittrich teilt mit, dass er über seine Akteneinsichtnahme bei der Verwaltung am 29. Oktober 2007 hinsichtlich der Asbest-Entsorgung in der Hauptschule ein Kurzprotokoll gefertigt habe, das er als Anlage der Niederschrift beifüge. Zur Information der Ausschussmitglieder geht er auf drei wesentliche Punkte seines Kurzprotokolls ein. Falls sich noch Fragen aus dem Protokoll ergeben sollten, sei er in der nächsten Sitzung bereit, Rede und Antwort zu stehen.

Herr Mollenhauer stellt zu der Akteneinsicht fest, dass diese unangekündigt erfolgte, was eigentlich kein Problem sei. Zum Zeitpunkt der Akteneinsicht sei der zuständige Sachbearbeiter im Urlaub gewesen, deshalb sei die Akte nicht griffbereit gewesen. Wäre die Akteneinsicht vorher angemeldet gewesen, hätte er rechtzeitig die Akten zusammengestellt. Es habe aber eine Akte gegeben, die sich in einem unbeschrifteten Ordner befand. Die Akte umfasste die Ausschreibungsunterlagen, die Vergaben und die Protokolle des Umweltlabors ACB. Richtig sei, dass die Akte keine Unterlagen über die Gespräche in der Schule enthielt. Über alle Maßnahmen, die auf den Weg gebracht werden mussten, habe Herr Fels vom Umweltlabor ACB Vermerke gefertigt, die allen Ausschussmitglieder bekannt seien.
Ansonsten habe auch die Bezirksregierung bestätigt, dass seitens der Verwaltung die Sache vernünftig abgewickelt worden sei und ihr nichts vorzuwerfen sei.
Im Übrigen handele es sich für die Verwaltung um eine relativ „kleine Sache“, die sauber abgewickelt wurde. Man müsse und könne nicht über jede Kleinigkeit einen Vermerk schreiben.

Herr Dittrich erwidert, dass er das aus seinem Dienstbereich anders kenne. Die von Herrn Mollenhauer angesprochene Akte, habe er nicht gesehen.

Herr Dittrich habe bei der Akteneinsichtnahme entsprechende Notizen über den Informationsfluss erwartet, die nicht vorhanden gewesen seien, so Herr Messing. Frau Gaußelmann könne aber heute bestätigen, dass die Informationen tatsächlich geflossen seien. Auch Herr Dittrich sei unmittelbar über die Sperrung der Räumlichkeiten informiert worden.

Frau Köhler bemängelt das Fehlen von Vermerken über den Informationsfluss. In Zukunft sollten solche Abläufe schriftlich festgehalten werden.

Frau Dirks bestätigt, dass die Verwaltung aus diesem Verfahren gelernt habe, dass es nicht ausreiche, Gespräche zu führen. Zukünftig würden bei vergleichbaren Situationen schriftliche Vermerke gefertigt, um nachweisen zu können, dass die notwendigen Informationen geflossen sind. Sie lege Wert auf die Feststellung, dass sich die Verwaltung bei der Asbest-Entsorgung keine Vorhaltungen machen lassen müsse. Das Schreiben der Bezirksregierung sei allen bekannt.

Frau Köhler merkt an, dass der Brief der Bezirksregierung so war, wie es die Verwaltung gerne gehabt hätte, dass es aber dennoch Kritik aus den Elternreihen gegeben habe.

2. Beratung über den Entwurf der Schulentwicklungsplanung für die Sekundarstufe I

Der Entwurf des Schulentwicklungsplanes ist den Ausschussmitglieder in der letzten Schul- und Sportausschusssitzung ausgehändigt worden. Die Beratung ist damals aus zeitlichen Gründen zurückgestellt worden.
Herr Messing erläutert, dass die methodische Vorgehensweise zur Erstellung des Schulentwicklungsplanes bereits in der letzten Sitzung vorgestellt worden sei. Wichtig sei die Anzahl der Kinder in der Primarstufe, die zukünftig in die Sekundarstufe I wechselten.

Herr Messing teilt mit, dass für die Realschule 72 Anmeldungen (davon 12 Schüler aus Darfeld) vorlägen, hinzu kämen evtl. noch 2 Schüler, die an einem Prognoseunterricht teilnehmen, so dass die Dreizügigkeit gesichert sei.

Für die Hauptschule hätten sich 36 Schüler angemeldet, wobei 1 Schüler noch an einem Prognoseunterricht teilnehme, so dass evtl. mit 37 Anmeldungen gerechnet werden könne. Von diesen Anmeldungen kämen 2 aus Coesfeld, 3 aus Havixbeck und 2 aus Darfeld. Die auswärtigen Anmeldungen erfolgten tlw. aufgrund des integrativen Unterrichtes, weil bereits Geschwisterkinder die Hauptschule besuchten oder weil die Schüler an anderen Orten für die gewünschte Schulform abgewiesen wurden. Die Hauptschule sei damit im kommenden Schuljahr zweizügig.

Frau Dirks stellt heraus, dass die Anmeldezahlen zeigten, dass die hier getroffenen Entscheidungen zur Umwandlung in eine gebundene Ganztagshauptschule mit den damit verbundenen Investitionen richtig gewesen seien, wenngleich man bereits zu dem Zeitpunkt gewusst habe, dass die Schülerzahlen zurückgingen. Mit diesem Thema werde man sich gemeinsam mit den beiden Schulen beschäftigen müssen. Konsens sei es bisher gewesen, die Möglichkeiten des Schulgesetzes zu nutzen und Kooperationen einzugehen. Derzeit hätten Haupt- und Realschule aber eine gesicherte Zukunft.

Frau van der Wielen berichtet, dass insgesamt 31 Grundschüler mit einer Realschulempfehlung bzw. Doppelempfehlung nicht zur Realschule Billerbeck, sondern zur Gesamtschule und dem Gymnasium angemeldet

worden seien. Andererseits seien von 13 Kindern mit bedingter Realschulempfehlung 12 an der Realschule und eines an der Hauptschule angemeldet worden. Diesen Trend halte sie für bedenklich.

Auf Einwand von Frau Kratz, dass sich in den nächsten Jahren zeigen werde, ob die Entscheidung für die höhere Schulform richtig war, berichtet Frau van der Wielen, dass die Übergänge vom Gymnasium zur Realschule seit etlichen Jahren gen Null tendierten.

Herr Pfeiffer erkundigt sich, ob bekannt sei, wie viel Prozent der Schüler sich zum Gymnasium angemeldet haben.
Herr Messing teilt mit, dass er keine verlässliche Zahlen nennen könne. Bei den Anmeldezahlen sei aber fast eine Punktlandung zu den prognostizierten Zahlen gelungen. Allerdings seien bei dem Schulwahlverhalten in diesem Jahr nicht die im Schulentwicklungsplan prognostizierten 22% für die Hauptschule erreicht worden. Die Tendenz gehe dahin, dass die Eltern für ihr Kind einen höheren Bildungsabschluss als die Hauptschule wählten. Diesbezüglich sollten aber die Auswirkungen des Ganztagsbetriebes an der Hauptschule abgewartet werden. Das Ministerium gehe davon aus, dass der Ganztag künftig verstärkt in Anspruch genommen werde. Da in Billerbeck die einzige Ganztagshauptschule im Umfeld bestehe, werde dieses Angebot voraussichtlich auch vermehrt wahrgenommen. In diesem Jahr lägen mit immerhin 7 auswärtigen Anmeldungen so viele wie noch nie für die Hauptschule vor.

Frau Gaußelmann bestätigt, dass sich der Ganztagsbetrieb und das einladende Schulgebäude bei der Entscheidung der Eltern bzw. Schüler für die Hauptschule positiv ausgewirkt hätten.

Es sei erfreulich, dass für die Hauptschule 36 bzw. 37 Anmeldungen vorlägen, so Frau Rawe. Nun müsse man sehen, in welcher Form die Haupt- und Realschule weiter zusammengeführt werden können, um sie noch attraktiver zu machen.

Frau van der Wielen stellt die Überlegung an, dass der allgemeine Geburtenrückgang auch dazu führen werde, dass die Gesamtschule Havixbeck wieder vermehrt Schüler aus Billerbeck annehme.

Frau Gaußelmann merkt an, dass die Hauptschulen stark unter der negativen Berichterstattung in den Medien leiden. Hierbei handele es sich in der Regel um Hauptschulen in Großstädten, die mit den Hauptschulen im ländlichen Raum nicht zu vergleichen seien. Trotzdem hätten die Eltern Sorge, ihr Kind an der Hauptschule anzumelden.

Frau Kratz führt aus, dass die Zahlen für die kommenden Jahre ja bekannt gewesen seien und dennoch bewusst in die Hauptschule investiert worden sei, auch im Hinblick auf die räumliche Nähe zur Realschule. Die CDU-Fraktion werde alles dafür tun, den Schulstandort Billerbeck zu sichern.

Frau Rawe begrüßt das sehr, weist aber darauf hin, dass wahrscheinlich

alle Anwesenden so denken. Eltern wollten zu Recht für ihre Kinder eine Schulform, bei der die Kinder weitere Möglichkeiten haben. Deshalb sollten die Verbindungen Haupt- und Realschule ausgeschöpft werden, um Eltern ein Signal zu geben, dass die Schüler dort auch weitere Möglichkeiten haben.

Von Herrn Pfeiffer nach dem Raumprogramm der Realschule befragt, teilt Herr Messing mit, dass dieses noch nicht fertig sei. An der Realschule gebe es aber zurzeit keine Raumprobleme. Derzeit befinde man sich in der Entwurfsphase.

Frau van der Wielen bestätigt, dass es bzgl. der Räume keine Probleme gebe. Seitens des Bauamtes sei die Renovierung des Guddy-Guddy-Bereiches zugesagt worden, nachdem dieser nicht mehr für die Essenseinnahme benötigt werde. Dort könne dann ein Stufenraum eingerichtet werden. Damit komme sie aus.

Frau Köhler unterstreicht, dass die integrative Arbeit an der Hauptschule ein Pluspunkt für den Schulstandort sei. Um künftig einen Anreiz für Schüler von Förderschulen zu schaffen, sollte über Erleichterungen bei der Schülerbeförderung nachgedacht werden.

Herr Messing verweist auf die Kosten. Man habe sich darauf verständigt, jeden Fall individuell mit der Schule abzusprechen. Soweit möglich, komme man schon heute den Familien entgegen.
Frau Dirks stellt klar, dass die Hauptschule keine Förderschule ist.

3. Mitteilungen

Keine

4. Anfragen

4.1. Durchführung der Rassegeflügelschau in der Ludgeri-Turnhalle - Herr Hövener

Herr Hövener stellt voran, dass er grundsätzlich nichts gegen die Ausstellung in der Turnhalle habe. Nicht akzeptieren könne er allerdings, wenn deshalb der Förder- und Sportunterricht an der Grundschule ausfalle. Deshalb müsse unbedingt nach Alternativen gesucht werden.

Herr Messing erläutert, dass die ausfallenden Unterrichtsstunden lt. Schulleitung durch geschickte Unterrichtsverteilung, u. a. auf das Lehrschwimmbecken und die Zweifachturnhalle kompensiert würden. Es sei darüber nachgedacht worden, die Ausstellung alternierend in den anderen Turnhallen der Stadt durchzuführen. Fände die Ausstellung aber z. B.

in der Zweifachturnhalle statt, wäre der Sportunterrichtsausfall größer. Mit dem Rassegeflügelzuchtverein werde ernsthaft über Alternativstandorte nachgedacht. Der Reiterverein habe angeboten, die Reithalle zu nutzen. Der Rassegeflügelzuchtverein sehe sich aber nicht in der Lage, die große Reithalle entsprechend herzurichten.

Herr Eikmeyer führt aus, dass zunächst das Erstaunen an der Schule über die Durchführung einer Rassegeflügelschau in einer Turnhalle groß gewesen sei. Das habe aber vielleicht auch daran gelegen, dass die Schule hierüber sehr spät informiert worden sei. Mit der Schule seien aber ausführliche Gespräche geführt worden. Von der Schulkonferenz und auch von den Eltern werde die Ausstellung in der Turnhalle nach wie vor kritisch gesehen. Dennoch gebe es Vereinbarungen zwischen der Schule und der Stadt, gleichwohl sei aber die dringende Bitte nach anderen Räumlichkeiten zu suchen, geäußert worden.

Frau Rawe fragt nach, ob die Ausstellung in der LAWI stattfinden könnte und stellt die Überlegung an, dass auch andere Tiervereine mit dem Wunsch nach Räumlichkeiten auf die Stadt zukommen könnten.

Herr Messing berichtet, dass bisher nur der Rassegeflügelzuchtverein auf die Stadt zugekommen sei. Andere Vereine benötigten nicht so viel Platz. Im Übrigen sei die LAWI für die Rassegeflügelzuchtausstellung zu klein.

Frau Köhler weist darauf hin, dass die Ludgeri-Turnhalle schon wegen der problematischen Zufahrt vom Hagen aus und wegen der schwierigen Parksituation nicht in Frage komme.

Herr Pfeiffer wirft ein, dass doch s. W. beschlossen worden sei, nach Alternativen zu suchen. Deshalb sei er erstaunt, dass die diesjährige Anfrage des Rassegeflügelzuchtvereines zur Nutzung der Ludgeri-Turnhalle nicht sofort abgeblockt worden sei.

Herr Faltmann wiederholt, dass der Reiterverein nach wie vor bereit sei, die Reithalle zur Verfügung zu stellen. Evtl. könnte für die Ausstellung auch nur ein Teil der Halle genutzt werden.

Im Hinblick darauf, dass man sich unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ befinde, schlägt Frau Dirks vor, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.
Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

4.2. Brandmeldeanlage Hauptschule - Herr Heuermann

Herr Heuermann erinnert an seine Nachfrage zur Brandmeldeanlage und die damit verbundene Bereitschaft.
Herr Messing teilt mit, dass die Brandmeldeanlage nicht bei der Leitstelle aufgeschaltet werde, sondern bei einem Sicherheitsdienst auflaufe.

4.3. Rattenplage - Herr Spengler

Herr Spengler weist auf eine Rattenplage insbesondere am Ludgerus-Brunnen, an der Johanniskirche und am Gummibahnhof hin. Vor diesem Hintergrund könne er nicht verstehen, dass den Bürgern mitgeteilt werde, im Etat stünden nur begrenzte Mittel zur Verfügung und deshalb könne in diesem Jahr keine Rattenbekämpfung durchgeführt werden.
Herr Messing entgegnet, dass die Ratten ständig bekämpft würden. Aufgrund der Population hätten aber zurzeit alle Orte Probleme mit der Rattenbekämpfung. Im letzten Jahr sei das von der Verwaltung ausgegebene Rattengift stark nachgefragt worden, so dass man die Ausgabe einschränken musste. Es würden aber weiterhin Kleinstmengen ausgegeben.
Frau Dirks ergänzt, dass man mehr nicht machen könne. Man müsse unterscheiden zwischen der allgemeinen und permanenten Rattenbekämpfung, die der Abwasserbetrieb durchführe und der privaten Bekämpfung, für die in besonderen Fällen von der Verwaltung Kleinstmengen Gift zur Verfügung gestellt werde.

Herr Spengler betont, dass am Gummibahnhof und Johanniskirchplatz permanent Ratten herum liefen.
Frau Dirks wiederholt, dass dies nicht am Geld liege. Die Ratten würden ständig bekämpft.

4.4. Heizkörper im Jugendzentrum - Frau Köhler

Frau Köhler moniert, dass seit ca. 2 Wochen Heizkörper im Jugendzentrum herumstünden. Die Kabel stellten für die Kids mit Handicaps eine Gefahrenstelle dar. Verwaltungsseitig wird Abhilfe zugesagt.

Hans-Jürgen Dittrich	Birgit Freickmann
Ausschussvorsitzender	Schriftführerin